

Ä2

Antrag

Initiator*innen: Peter Heilrath (KV München)

Titel: Ä2 zu A3: Stopp deutscher Waffenlieferungen an Israel

Titel

Ändern in:

Einschränkung deutscher Waffenlieferungen an Israel

Antragstext

Von Zeile 1 bis 2:

Der **Kreisverband der Grünen München** unterstützt die ~~Forderung, alle Waffenlieferungen Deutschlands an Israel einzustellen~~ Forderungen nach Umsetzung des Arms Trade Treaty und weiterer völkerrechtlicher Verpflichtungen bei Waffenexporten nach Israel, wie sie der Bundesverband auf der BDK 2025 in Hannover beschlossen hat.

Begründung

Deutsche Waffenexporte nach Israel befinden sich durch die unzähligen Verstöße Israels gegen humanitäres Völkerrecht beim Krieg in Gaza und im Rahmen der Besetzung der Westbank in einer schwierigen und schmerzhaften Abwägung.

Zum einen stehen wir völlig ohne Zweifel für die Existenz Israels ein und unterstützen auch die Verteidigung Israels nicht nur nach dem terroristischen Angriff der Hamas am 7.10., sondern auch gegen zahlreiche weitere Bedrohungen zB

durch die Hisbollah oder durch die Huthis im Jemen.

Zum anderen müssen wir verhindern, dass deutsche Waffen bei Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht eingesetzt werden. Zusätzlich hat Deutschland rechtliche Verpflichtungen unter anderem aus dem Arms Trade Treaty.

Im Bewusstsein dieser notwendigen Abwägungen und der schwierigen Gratwanderung haben wir auf der BDK in Hannover das Thema Waffenexporte nach Israel ausführlich besprochen (ich zähle grob zehn Stunden in den Besprechungsräumen der Antragskommission und des BuVO nach vieltägigen Prozessen in der BAG...) und am Ende einen sehr klugen Beschluss gefasst.

Ich würde mich freuen, wenn sich der Stadtverband diesem Beschluss anschließt. Die Problematik braucht mehr als einen Satz, um ihr gerecht zu werden.

Der entscheidende Auszug aus dem BDK-Beschluss:

[...]

Es ist geltendes Recht, dass grundsätzlich keine Lieferungen von Waffen und Rüstungsgütern erfolgen dürfen, wenn das eindeutige Risiko völkerrechtswidriger Verwendung besteht. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern seit Jahren verlässliche Mechanismen der Endverbleibskontrolle gelieferter Waffen an alle Länder zwecks einer effizienten Umsetzung des Rechts. Das gilt auch für Israel. Gleichzeitig gehört zu unserer Verantwortung gegebenenfalls auch militärische Unterstützung für die Verteidigung Israels und seiner Bürger*innen vor Angriffen und Bedrohung durch Akteure wie das iranische Regime, die Hisbollah, die Huthi-Milizen, die Hamas und den Islamischen Dschihad zu gewähren. Ob deutsche Waffen zur Selbstverteidigung oder etwa zur Vertreibung der palästinensischen Zivilbevölkerung eingesetzt werden können, ist nicht immer leicht zu überprüfen. Doch wenn wir unserer Verantwortung für die Sicherheit Israels und dem Völkerrecht gleichermaßen gerecht werden wollen, müssen wir diese Differenzierung leisten. Vor diesem Hintergrund hat Deutschland sich zurecht entschieden, keine neuen Ausfuhrgenehmigungen für den Export von Waffen und Rüstungsgütern nach Israel zu erteilen, die im völkerrechtswidrigen Vorgehen in Gaza eingesetzt werden können. Zusicherungen zum völkerrechtskonformen Einsatz gelieferter Rüstungsgüter können das Verbot, tatsächlich völkerrechtswidrige

Einsätze mitzuermöglichen, niemals überragen. Die Entscheidung der Bundesregierung, die Exportbeschränkungen wieder aufzuheben ist angesichts der äußerst fragilen Waffenruhe und den Entwicklungen in der Westbank unangemessen.

Angesichts der dokumentierten Verstöße gegen das Völkerrecht der israelischen Armee fordern wir, dass die Beschränkungen wieder eingesetzt werden und richten unser Augenmerk dabei neben Gaza auch auf Westbank und Golan. Die rechtlichen Verpflichtungen, die sich für Deutschland als Vertragsstaat des Waffenhandelsvertrages (ATT) und seinen nationalen Umsetzungsgesetzen ergeben, müssen eingehalten werden. Wir werden mit allen uns zur Verfügung stehenden parlamentarischen Mitteln sicherstellen, dass die Bundesregierung diese Verpflichtungen strikt einhält und deren Umsetzung sowie die Einhaltung durch die israelische Regierung wirksam überprüft.

[...]

Unterstützer*innen

Konstantin Weddige (KV München), Thorsten Kellermann (KV München), Lendita Musliji (KV München), Evelyn Eckert (KV München), Janine Malz (KV München), Franz Damm (KV München), Katharina Wittig (KV München), Samuel Moser (KV München), Doris Wagner (KV München), Roland Barfus (KV München), Michael Seyfried (KV München)